

Wetterleuchten im Südwesten

Krawallnacht in Stuttgart: Warum gewaltsame Ausschreitungen auch in anderen Städten drohen

Michael Paulwitz

Jetzt also auch Stuttgart. Seit diesem Sommeranfangs-Wochenende wird auch die bislang eher unauffällige Schwabenmetropole in einem Atemzug mit „Randale“ und „Ausschreitungen“ genannt. Aber das war kein einmaliger Ausrutscher aus heiterem Himmel. Die Stuttgarter Krawallnacht ist ein weiteres Wetterleuchten des ethnisch und ideologisch befeuerten Vorbürgerkriegs und der fortschreitenden Erosion von Rechtsstaat und Gewaltmonopol.

Die hektische Abfolge der Euphemismen und Ablenkungsmanöver ist ein Gradmesser für den Ernst der Lage. Mal soll es das warme Wetter gewesen sein, das mehrere hundert überwiegend migrantische Jungmänner dazu trieb, sich stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei zu liefern; oder waren es doch die vielen Gäste aus dem Umland und die Corona-Beschränkungen?

Den Stuttgarter Polizeiführern war das Unbehagen anzusehen, als sie unter Aufsicht des grünen Oberbürgermeisters den Medien das Märchen von der außer Rand und Band geratenen „Party- und Eventszene“ aufstichteten. Die etablierten Medienvertreter, die sich vor allem darum sorgten, daß bloß nicht die „Falschen“ womöglich richtige Schlüsse ziehen, beschied man blumig, das sei ein „bunter Mix rund um den Globus“ gewesen.

So kann man sich die Risiken und Nebenwirkungen der real existierenden „multikulturellen Gesellschaft“ natürlich auch schönreden. Tatsächlich ist es nur ein bestimmter Sektor des Globus, auf dem man „Allahu akbar!“ schreit, während man auf die anderen losgeht; ein schwäbischer Partygruß ist das jedenfalls nicht. Und die Behauptung, „politische Motivationen“ seien nicht erkennbar, ist schon reichlich dreist, wenn uniformierte Hoheitsträger als Repräsentanten des deutschen Staates mit haßerfüllter Aggressivität gezielt und ohne Hemmungen angegriffen werden.

Daß niemand „so was ahnen“ konnte, wie die grünen Spitzenvertreter von Land und Landeshauptstadt mit unschuldigem Augenaufschlag versichern, ist jedenfalls glatt geheuchelt. Stuttgart ist nur etwas später dran. Die Zutaten für das explosive Gemisch, das sich jetzt auch in der baden-württembergischen Landeshauptstadt entladen hat, sind seit langem vorhanden.

Dazu gehört eine gewaltbereite und sich ungestört radikalisierte Linke, die den Haß auf Staat und Polizei als Teil ihres Selbstverständnisses kultiviert und in subkultureller Folklore auslebt. Ferner ein politisches und mediales Sympathisantenumfeld, das die linke, linksradikale und linksextreme Szene ohne groß zu differenzieren reichlich mit

Steuergeld versorgt. Und ihre Exzesse mit grenzenlosem Verständnis begleitet, staatliche Institutionen und Hoheitsträger dagegen mit latentem Generalverdacht beäugt.

Weitere Faktoren sind migrantische Parallelgesellschaften, die der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit einer Mischung aus Indifferenz, Ablehnung und offener Verachtung begegnen und von ihr außer Steuergeld und Sozialleistungen nichts annehmen wollen. Sowie eine mächtige Sozialindustrie und ein stillschweigender Grundkonsens der etablierten Politik, die die Schuld für jedwede Schwierigkeit stets der autochthonen Bevölkerung zuschieben und die diese Parallelgesellschaften durch unkontrollierte Zuwanderung mit faktischer Bleibegarantie laufend weiter anwachsen lassen. Wer grünrotlinks wählt – oder auch die CDU als willigen Vollstrecker des grünlinken Zeitgeistes –, der hat selbst bestellt, was da in der Stuttgarter Mittsommernacht geliefert wurde.

Die Ereignisse der letzten Wochen, seit dem Import der linksradikalen „Black Lives Matter“- (BLM)-Bewegung aus den USA und der sich anschließenden Welle von „Antirassismus“-Kundgebungen und -Proklamationen, haben diesem Pulverfaß noch reichlich Brandbeschleuniger hinzugefügt. Eine SPD-Vorsitzende, die sich zur „Antifa“ bekennt und pauschale „Rassismus“-Unterstellungen an die Polizei übernimmt; hemmungslose Diffamierungen von Polizisten in linken Leitmedien, die in einem besonders krassen Fall sogar mit Müll und Abfall gleichgesetzt werden; eine mediale Filterblase, die solche Exzesse auch noch in Schutz nimmt; pseudo-„bürgerliche“ Politiker, die sich sofort zurückpfeifen lassen, wenn sie dem zaghaft widersprechen: Das alles sind geradezu Ermunterungen, den Aufstand gegen das staatliche Gewaltmonopol zu wagen.

Krawallpöbel braucht freilich keine taz-Kolumne zur Rechtfertigung. Daß etablierte Politik, Medien und die Mehrheitsgesellschaft selbst bereitwillig Schuldkomplexe kultivieren, merken sie auch so. Für einen antideutschen Jungmigranten genügt es, Bilder von jungen Polizeibeamten zu sehen, die demütig vor einem arroganten schwarzen BLM-Rädelsführer knien, um den letzten Respekt vor den Deutschen und ihrer Staatsgewalt zu verlieren.

Die Polizeibeamten, die diesen üblen Eintopf auslöffeln müssen, stehen auf verlorenem Posten. Versuchen sie, ihren Auftrag zu erfüllen, erleiden sie unerträgliche Verluste. Greifen sie mit der erforderlichen Härte durch, sind sie wieder die Buhmänner – ohne den notwendigen Rückhalt von Politik und Dienstherren. Schon um in einer Stadt die Ordnung wiederherzustellen, braucht es Kräfte aus dem ganzen Land. Was, wenn der Krawall an mehreren Brennpunkten gleichzeitig losbricht?

Kein Wunder also, wenn andernorts die Polizei nur noch „deeskaliert“ und die von militanten Linksextremen, afrikanischen Drogendealern oder arabischen Mafiaklans geschaffenen rechtsfreien Räume achselzuckend hinnimmt. Qualifizierter Nachwuchs ist jetzt schon rar; gut möglich, daß frustrierte Beamte in steigender Zahl den Dienst

quittieren. Vielleicht, um bei privaten Sicherheitsdienstleistern einzusteigen, die ihren Einsatz höher schätzen und bezahlen. Geht der linke Traum von der Abschaffung der Polizei in Erfüllung, wird Sicherheit vom Gemeingut wieder zum Privileg der wenigen, die es sich noch leisten können, dafür zu bezahlen.

AfD und Verfassungsschutz

Schicksalsjahr der Partei

Dieter Stein

Wie sehr der Verfassungsschutz im politischen Kampf instrumentalisiert wird, war erneut Anfang der Woche zu beobachten: Eigentlich sollte am Dienstag der Bundesinnenminister den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2019 vorstellen. Doch wurde der Termin nur Stunden vorher abgesagt – vielleicht fürchtete Seehofer, es werde mehr über seine vollmundig angekündigte Strafanzeige gegen eine linksradikale taz-Kolumnistin diskutiert als über die Arbeit des Inlandsgeheimdienstes. Außerdem wurde publik, das Innenministerium hätte die AfD (im Zusammenhang mit dem Verdachtsfall „Flügel“ und „Junge Alternative“) ursprünglich aus dem Bericht draußen lassen wollen, die Verfassungsschutzbehörde habe sich nun aber durchgesetzt mit der entlarvenden Begründung, daß eine Nichterwähnung sonst auf „Unverständnis bei Politik, Medien und Öffentlichkeit stoßen“ würde.

In Thüringen und Brandenburg, deren Landesverbände von den „Flügel“-Exponenten Björn Höcke und Andreas Kalbitz dominiert werden, ist die AfD inzwischen Beobachtungsobjekt mit allen politischen Folgen. Hier sollen bereits die ersten Soldaten und Polizisten beurlaubt worden sein und beginnt der Exodus von Beamten aus der Partei.

Es sieht ganz danach aus, als ob sich in diesem Jahr das Schicksal der AfD entscheidet. Dabei steht im Zentrum, ob es ihr gelingt, das über eine schiefe Ebene abwärts rutschende Projekt wieder ins Lot zu bringen. Eine AfD, die sich weiter mutwillig in eine Lage manövriert, in der sie bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet und mit dem Gütesiegel des Staates als rechtsextrem versehen werden kann, ist am Ende.

Wie das Durchgreifen des Bundesvorstandes im Fall Kalbitz zeigt, hat eine relevante Mehrheit dies inzwischen begriffen. Der Kurs wurde soeben auf dem kleinen Parteitag, dem Konvent, bestätigt. Die Verantwortlichen der AfD stehen aber in einem gefährlichen Zweifrontenkrieg: Auf der einen Seite eine unverändert überwiegend feindselige Öffentlichkeit und politisch zwielichtig arbeitende Innenministerien, auf der anderen Seite radikale Kräfte, die im Zuge der einsetzenden Beobachtung vom Aderlaß der Gemäßigten, der beruflich im Leben stehenden, der Beamten profitieren, weil sich dann die Mehrheiten zu ihren Gunsten neigen.

Kalbitz errang jetzt vor dem Landgericht Berlin einen Teilerfolg, indem er seine Mitgliedsrechte zurückerhielt und die endgültige Entscheidung über seine Entfernung aus der Partei an das AfD-Bundesschiedsgericht verwiesen wurde. Von dessen Urteil hängt nun ab, ob die Partei noch einmal die Kurve kriegen kann. Die destruktive Energie derjenigen, die wissen, daß sie verbrannte Lebenläufe haben und die beim Eintritt die Partei nicht mit offenen Karten spielen, ist gewaltig. Sie zumindest haben nichts mehr zu verlieren.

„Blanker Populismus“

Bundeswehr: Die Führung verschärft den internen „Kampf gegen Rechts“

Philipp Meyer

Die Bundeswehr bemüht sich in ihrer Außenwirkung um eine Würdigung von oppositionellen Persönlichkeiten mit militärischem Hintergrund. Da wäre das traditionelle Bekenntnis zum Widerstandskreis um Oberst Stauffenberg oder die 2019 erfolgte Umbenennung einer Kaserne nach Christoph Probst, einem Mitglied der Weißen Rose.

Auch die Wahl des Generalmajors Johann Friedrich Adolf von der Marwitz zum Namenspatron eines Offizieranwärterjahrgangs verweist in diese Richtung. Der preußische Offizier fiel bei seinem König Friedrich dem Großen in Mißgunst, als er sich nach siegreicher Schlacht dessen Anordnung zur Plünderung eines sächsischen Jagdschlusses verweigerte. Seinen Grabstein ziert daher die Inschrift: „Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte.“ In letzter Zeit scheint es jedoch, als wüsche der Dienstherr mehr unbedingten Gehorsam und weniger kritisches Bewußtsein.

Nachdem jahrelang mangelhafte Ausstattung die Schlagzeilen bestimmte und ein Fragezeichen hinter die Fähigkeit zur Landesverteidigung setzte, rückt nun der Feind in den eigenen Reihen verstärkt ins Visier der Bundeswehrführung. Die gesellschaftlichen Verwerfungen, welche seit Beginn der Flüchtlingskrise das öffentliche Klima prägen, sind auch in den Streitkräften angekommen und stellen das Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen auf die Probe. Abweichende Meinungen gelten seit dem berüchtigten Ausspruch der ehemaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen über ein „Haltungsproblem“ in der Truppe als unerwünscht.

In der Tat gab es eine Reihe medienwirksamer Fehlritte von Bundeswehrsoldaten. Obskure Abschiedsfeiern der Eliteeinheit KSK und Verstrickungen von Soldaten in extremistische Prepper-Netzwerke täuschen jedoch darüber hinweg, daß es sich hierbei um isolierte Einzelfälle handelt. Immer wieder ist von „rechten Netzwerken“ innerhalb der Bundeswehr die Rede, für die jedoch bis jetzt kein Beweis erbracht

wurde. Und entgegen der regelmäßigen Beteuerung, die Truppe stehe „nicht unter Generalverdacht“ (so die Wehrbeauftragte Eva Högl), dient genau dieser zu einer massiven Einschränkung bisheriger Soldatenrechte.

Denn die Bundesregierung forciert eine beträchtliche Verschärfung von Disziplinarordnung und Soldatengesetz. Die neue Gesetzesvorlage sieht vor, daß Soldaten, die ihre Dienstpflicht besonders schuldhaft verletzen, nun während ihrer ersten acht Dienstjahre und nicht mehr wie bisher innerhalb von vier Jahren Dienstzeit vereinfacht entlassen werden können. Dies bedeutet eine Verdopplung der „Probezeit“, in der ein Soldat per Verfügung des Personalamtes entfernt werden kann und keinen Anspruch auf eine Verhandlung vor dem Truppendienstgericht hat. Damit müssen Anschuldigungen einer vermeintlichen Verfassungsuntreue beim einzelnen Soldaten nicht mehr erhärtet werden. Im Zweifel wird es der Dienstherr auf eine zivile Gegenklage des Entlassenen ankommen lassen. Aber wer möchte sich schon mittels eines jahrelangen Prozesses als rehabilitierter Extremist zurückklagen? Zudem soll der Zeitraum, in dem ein Soldat für ein Dienstvergehen disziplinarrechtlich belangt werden kann, von sechs auf zwölf Monate angehoben werden und künftig deutlich höhere Geldbußen möglich sein.

Was Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer als wirksames Mittel im Kampf gegen Extremismus und schwere Sexualstraftaten lobt, nennt der Bundeswehrverband „ungerecht und unverhältnismäßig“ sowie „blanken Populismus“. Der Verband sieht die Rechte seiner Mitglieder zugunsten einer medialen Kampagne geopfert. In der Tat läßt eine Auswertung der 1.300 Entlassungen von Soldaten während der Jahre 2016 bis 2019 den Schluß zu, daß eine Verschärfung des Soldatenrechts gerade einmal in zwei bis drei Fällen pro Jahr wirksam geworden wäre. Von einer Entlastung der Truppendienstgerichte, wie Kramp-Karrenbauer argumentiert, kann also keine Rede sein. Es handelt sich bei dem Gesetzentwurf viel eher um eine Einschüchterung der Soldaten durch die massive Abwertung ihrer Rechte.

Unbequeme Meinungen sollen nicht mehr geäußert werden, da die dienstlichen Konsequenzen immer schwerer einzuschätzen sind. Wer Karriere machen will, braucht schnelle Beförderungen und keine Disziplinarverfahren, die sie auf ungewisse Dauer aussetzen. Verstärkt wird dies durch eine geförderte „Meldekultur“. Soldaten berichten hinter vorgehaltener Hand, daß Vorgesetzte häufiger zur Beobachtung der eigenen Kameraden drängen. Zunehmend besorgt blickt mancher auch auf den Militärischen Abschirmdienst (MAD).

Der truppeneigene Geheimdienst nutzt seit einigen Monaten eine neu erstellte „Farbenlehre“. Unter „Grün“ werden alle unverdächtigen Soldaten summiert, „Rot“ bezeichnet politische und religiöse Extremisten. Ominös bleibt jedoch die Kategorie „Orange“ für alle Bundeswehrangehörigen, denen mangelnde Verfassungstreue vorgeworfen wird. Im Klartext: Soldaten, die keine Verstrickungen in extremistische Organisationen aufweisen, aber aufgrund ihrer Gesinnung suspekt erscheinen.

Noch problematischer wird es bei den Kriterien, mit denen der MAD neuerdings Verfassungstreue definiert – und dabei auf fragwürdige Quellen wie die Amadeu-Antonio-Stiftung zurückgreift. Währenddessen wünschen sich viele in der Truppe eine Rückkehr zur Normalität. Nach der Zwangspause aufgrund der Corona-Kontaktsperren möchten die Soldaten endlich wieder in den Übungs- und Einsatzbetrieb – ohne eine permanente Infragestellung ihres auf die Verfassung geleisteten Eides.

„Ein komplettes Desaster“

**Dax-Konzern: Der Wirecard-Skandal offenbart das Versagen von
Wirtschaftsprüfern und Finanzaufsicht
Marc Schmidt**

Als Jürgen Schneider vor 25 Jahren in Miami festgenommen wurde, fehlten Handwerkern und Banken 5,4 Milliarden D-Mark. Auf der anderen Seite der Bilanz standen aber liebevoll sanierte Spitzenimmobilien in Frankfurt, Leipzig oder München, die noch heute genutzt werden. Der Baulöwe saß dafür bis 1999 in Haft – die angeblich gutgläubigen Bankmanager kamen hingegen mit dem Schrecken davon. Schließlich sei es dabei nur um „Peanuts“ gegangen, wie Deutsche-Bank-Chef Hilmar Kopper befand.

Was bleibt hingegen von der Wirecard AG? Einer „New Economy“-Firma, die 2006 in den MDax aufstieg und 2018 die Commerzbank aus dem Dax-30 verdrängte? Bleibt mehr als der häßliche Zweckbau in Aschheim bei München? Von der Schadenhöhe wäre der Skandal mit der Schneider-Pleite vergleichbar: Mindestens 1,9 Milliarden, ein Drittel des Bilanzvolumens von 2018, sollen verschwunden sein – oder nie existiert haben. Hatte also der Financial Times-Reporter Dan McCrum doch recht, als er 2019 von Fake-Kunden, zwielichtigen Geschäftspartnern, seltsamen Buchungen und irrwitzigen Firmenkäufen berichtete?

Am 12. Februar wurde die Wirecard-Aktie bei 144 Euro notiert, am 17. Juni waren es noch 104 Euro – fünf Tage später nur noch 14 Euro. Zuvor hatten die Ratingagenturen die Aktie um sechs Stufen auf Ramsch abgestuft, ein wohl einmaliger Vorgang in der Dax-Geschichte. Die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young (EY) hatten zuvor Wirecard das Testat für den Jahresabschluß verweigert. Wirecard mußte zum vierten Mal die Veröffentlichung der Geschäftszahlen für 2019 verschieben, was an der Börse Panikverkäufe auslöste. Firmengründer Markus Braun trat am 19. Juni zurück, wurde am Dienstag verhaftet und für fünf Millionen Euro Kautions wieder auf freien Fuß gesetzt. Seinem Freund und Vorstandspartner Jan Marsalek wurde fristlos gekündigt.

Schuld sind dabei weder die 5.000 Mitarbeiter noch das Finanzdienstleistungsportfolio für angeblich 313.000 Partnerfirmen. Müßte Wirecard seine Arbeit insolvenzbedingt

einstellen, hätte dies erhebliche Folgen im Einzel- wie im Onlinehandel. Dies weiß der neue Interimschef James Freis. Der Harvard-Absolvent war ursprünglich als Vorstand für das neue Wirecard-Ressort „Integrity, Legal and Compliance“ von der Deutschen Börse AG abgeworben worden.

„Eine Schande, daß so etwas passiert ist“

Nun stehen vier große Aufgaben für Freis an: Die Beruhigung der Märkte und der Mitarbeiter, die Verhandlungen mit den geldgebenden Banken und die Aufklärung dessen, was nach zahlreichen überstandenen Skandalen die Existenz der Wirecard AG und ihrer Tochter, der Wirecard Bank AG bedroht: die Posse von einem Dax-Konzern, unter anderem spezialisiert auf das Aufdecken betrügerischer Zahlungen, der angeblich einem einzigen Treuhänder 1,9 Milliarden Euro zur Einzahlung auf Konten philippinischer Partnerbanken gegeben hat. Diese erklären unisono mit der philippinischen Zentralbank BSP, das Geld nie erhalten zu haben, entsprechende Nachweise seien gefälscht. Der Treuhänder behauptet, nichts falsch gemacht zu haben.

Die hochbezahlten Wirtschaftsprüfer und die deutsche Finanzaufsicht (Bafin) ist nun kleinlaut: „Das ist ein komplettes Desaster, das wir da sehen, und es ist eine Schande, daß so etwas passiert ist“, meint Bafin-Präsident Felix Hufeld, der 2013 aus der privaten bayrischen Finanzindustrie abgeworben wurde. „Wir befinden uns mitten in der entsetzlichsten Situation, in der ich jemals einen Dax-Konzern gesehen habe.“ Dabei hätte Hufelds Bafin längst Grund gehabt, Wirecard genauer zu kontrollieren. Statt dessen wurde gegen die kritischen Financial Times-Journalisten Dan McCrum und Stefania Palma sowie gegen Börsenhändler wegen des „Verdacht des Marktmanipulation“ ermittelt – hatten doch Spekulanten in zeitlicher Nähe zu negativen Medienberichten auf stark fallende Wirecard-Kurse gewettet.

Wirecard-Chef Freis werden Aussagen zugeschrieben, er werde dieses Thema zu einem Punkt in den anstehenden Verhandlungen mit den Hausbanken machen. Als eine seiner ersten Amtshandlungen holte sich Freis für diese Gespräche die Unterstützung der kalifornischen Investmentbank Houlihan Lokey. Dies ist kein gutes Zeichen für die Wirecard-Beschäftigten, denn die Amerikaner gelten als erbarmungslose Sanierer. Hauptargument von Freis dürfte sein, daß eine unkontrollierte Wirecard-Pleite die kreditgebenden Banken zusätzliche Verluste bei den Wirecard-Kunden kosten könnte. Entsprechend haben Bankkreise bereits durchblicken lassen, Wirecard konsolidieren zu wollen, wobei die hierfür geforderten Zinsen aber deutlich steigen dürften.

Für die Wirecard-Aktionäre bleibt nur Fassungslosigkeit über die mutmaßliche Naivität des nicht mehr amtierenden Top-Managements um Braun & Co. Zwar hat auch der ehemalige Wirecard-Chef allein durch den Kurssturz der vergangenen Tage Millionenverluste erlitten. Doch Mitleid verdienen eher die zahlreichen Privatanleger in Dax-Werte – und die Mitarbeiter eines der bekanntesten deutschen Technologie-

Unternehmens, das das Platzen der „New Economy“-Blase vor zwei Jahrzehnten überlebt hatte. Die Aufklärung in Sachen Wirecard wird sicher noch Monate dauern. Angesichts des Chaos im Finanzwesen eines der größten Finanzdienstleister der Welt bleibt als einzig ziemlich sichere Erkenntnis: Die Wirecard-Aktien werden das Corona-Vorkrisenniveau kaum wieder erreichen.

Financial Times-Journalist Dan McCrum:

twitter.com/fd

www.wirecard.com/de

Finanzdienstleister Wirecard

Die 1999 in Aschheim bei München gegründete Wirecard AG ist ein international tätiger Dienstleister im elektronischen Zahlungsverkehr. 2006 kam die Wirecard Bank AG hinzu. Das Dax-Unternehmen hat 26 Standorte in Europa, Asien, Afrika und Amerika. Über verschiedene Plattformen werden Dienstleistungen in den Bereichen digitaler Zahlungsverkehr, Einzel- und Onlinehandel, Bank- und Transaktionsgeschäfte sowie Zahlungen und Bonusprogramme angeboten. Seit 2017 schwankte der Aktienkurs stark, meist aufgrund von Berichten über Unregelmäßigkeiten in den Wirecard-Geschäften. Im sogenannten Payment-Sektor gibt es zahlreiche Konkurrenten: Von der Größe vergleichbar ist die im Euronext gelistete Amsterdamer Adyen NV. Das in San Francisco beheimatete Unternehmen Stripe hat ebenfalls einen stark europäischen Fokus. Globale Konkurrenten sind die Branchenriesen Paypal (San José/Kalifornien), Worldpay (London), Ingenico (Paris), Nexi (Mailand), Fiserv (Brookfield/Wisconsin), Global Payments (Atlanta) oder Ant Financial (Hangzhou/China). (mc)